

**Autor: Hans-Olaf Henkel**

### **„Die Alternative“**

Die jetzt von der Politik getroffenen Entscheidungen zur „Stabilisierung des Euro“ werden Europa entscheidend verändern: Aus einer Wettbewerbsgemeinschaft wird eine Transfergemeinschaft. Für die Segnungen dieser Einrichtung besitzen wir in Deutschland mit dem sogenannten Länderfinanzausgleich das beste Beispiel: Gegenwärtig gibt es bei uns von insgesamt 16 Bundesländern nur noch drei Geberländer. Glücklicherweise sind eigentlich nur noch die Nehmerländer zu nennen. Wenn etwa Berlin einen Euro ausgibt, bekommt es von den weniger glücklichen Ländern 97 Cent zurück. Wenn dagegen Bayern einen Euro spart, muss es davon 97 Cent anderen abgeben. Seltsamerweise hat das für Bremen und für Bayern die gleiche Konsequenz: Sparen lohnt sich nicht.

Schon bevor mit der Griechenlandrettung und dem Euro-Schutzschirm Europa auf den Weg in eine Transfergemeinschaft gebracht wurde, hat Berlins Regierender Bürgermeister Wowereit die Absurdität einer solchen Regelung vor Augen geführt. Er hat nämlich entschieden, dass demnächst den Berlinern freie Kindergartenplätze angeboten werden sollen, was die Eltern freuen und umso geneigter stimmen wird, ihn und seine Partei zu wählen. Nicht freuen wird es jene, die für die Millionen aufkommen müssen, nämlich Bayern und die anderen Geberländer, die sich im Würgegriff des Finanzausgleichs befinden.

Die absurde Konsequenz: Da die Sozialpolitiker in Bayern, Hessen und Baden-Württemberg feststellen, dass Herr Wowereit sich auf ihre Kosten einen wählerfreundlichen Luxus leistet, beschließen sie desgleichen zu tun, weil auch sie an ihre Wähler denken müssen: Auch bei uns sollen Kindergartenplätze nichts mehr kosten! Nun kann

man sich leicht vorstellen, wie dieser Mechanismus, den man auch als System organisierter Verantwortungslosigkeit bezeichnen könnte, bei unseren europäischen Nachbarn wirken wird. Aus dem System dieser Ausgabeasymmetrien wird bald eine Leistungs- und Kostenspirale, an der jeder mit der Gewissheit teilnehmen kann, dass nur die letzten die Hunde beißen.

Die letzten, das werden diejenigen sein, die die anderen an Fleiß, Sparsamkeit und haushälterischer Disziplin übertreffen. Großartig, werden die anderen sagen, die leisten und sparen für uns mit! Und keiner wird den Mut haben, die Wahrheit auszusprechen, dass eine solche „Gemeinschaft“ aus Teilnehmern besteht, deren jeder sich, so gut er eben kann, auf Kosten der anderen zu bereichern sucht.

War die EU einst als eine Wettbewerbsgemeinschaft konzipiert, in der jeder den anderen an Produktivität und Lebensqualität zu übertreffen suchte, wird sie nun zur Umverteilungsgemeinschaft, bei der es eine neue Wettbewerbsdisziplin geben wird – nämlich wer den anderen das meiste abknöpft. Daran wird weder die neue Wettbewerbsrhetorik der Bundeskanzlerin noch die diversen „Pakte für Wettbewerbsfähigkeit“, für den „Euro“ oder nun auch noch für den „Euro plus“ etwas ändern. Kurz gesagt: Die Frage ist nicht mehr, wer leistet am meisten, sondern wer leistet *sich* am meisten. Man kann sich denken, dass der Tugendhafte, auf dessen Kosten sich die anderen etwas leisten, die längste Zeit tugendhaft gewesen ist.

Für Deutschland wird dies auf Dauer die Konsequenz zeitigen, dass es sich immer weniger von den anderen unterscheiden wird, statt, zusammen mit Holland, Österreich, Finnland, Luxemburg die Felsen in der Brandung abzugeben, die Stabilitätskultur über Bord werfen und den Abwärtstrend verstärken wird. Mit ihrer Zustimmung zu einer „Europäischen Wirtschaftsregierung“ wird nun endgültig die Anglei-

chung innerhalb Europas statt der Wettbewerbsfähigkeit des Kontinents gegenüber anderen außerhalb Europas im Vordergrund stehen.

War es nicht die Rot-Grüne Bundesregierung, die „ohne Not“, will sagen ohne Rekurs auf eine Naturkatastrophe und ohne eine weltweite Finanzkrise die von Deutschen durchgesetzte Maastricht-Neuverschuldungsgrenze von 3% durchbrach? Was das für Europa bedeutet, lässt sich leicht ausmalen: Der Kontinent, einst Lokomotive und Ideenlieferant der ganzen Welt, wird hoffnungslos hinter die anderen großen Regionalblöcke zurückfallen.

Der GAU, den die Merkel-Regierung nun für uns vorprogrammiert hat, ist mitnichten, wie sie behauptet hat, „alternativlos“. Es gibt eine Alternative. Sie kam vom französischen Staatspräsidenten höchstpersönlich, dem stärksten Befürworter des Rettungsschirms. Am Vorabend der Verabschiedung des Pakets soll laut dem spanischen Präsidenten Zapatero der französische Präsident Sarkozy damit gedroht haben, falls Deutschland den Vertragsbruch nicht mittragen würde, den Franc aus der gemeinsamen Währung zu nehmen, will sagen: Fortan hätte es neben dem Euro wieder den französischen Franc gegeben.

Kaum zu glauben: Der französische Präsident drohte den Vertretern der ehemaligen Hartwährung D-Mark damit, seine ungeliebte Weichwährung wieder einzuführen, die Frankreich selbst nicht schnell genug loswerden konnte. Und wir, das heißt die Regierung Merkel, fallen auf diesen Bluff herein! Das mindeste, was ich von der Bundesregierung erwartet hätte, wäre die passende Reaktion gewesen, nun ihrerseits diese Karte auszuspielen: Falls die EU in eine Transfergemeinschaft umgewandelt würde, die – in Analogie zum Länderfinanzausgleich – aus einer kleinen Minderheit von Geberländern und einer

lachenden Mehrheit von Nehmerländern besteht, würde die Bundesrepublik die D-Mark wieder einführen.

In jedem Fall hätte die Kanzlerin gewonnen: Entweder wäre der fatale Rettungsschirm nicht gekommen oder die Deutsche Mark wäre wieder eingeführt worden. Stattdessen hat die Kanzlerin sich für den Weg des geringsten Widerstands entschieden und all das unterschrieben, was für das Land, dessen Nutzen zu mehren sie geschworen hatte, Schaden bringen wird.

Übrigens auch für Europa. Ich glaube an Europa, aber nicht an die fixe Idee der Technokraten, die alles über einen Leisten schlagen möchten und jede nationale Abweichung als Bedrohung empfinden, ich glaube an das Europa der Vielfalt. Wir brauchen die Nationalstaaten, die sich durch Wettbewerb untereinander profilieren, aber auch gegenseitig zu Höchstleistungen anstacheln. Nur wenn die europäischen Staaten ihre marktwirtschaftliche Wettbewerbskultur weiterentwickeln, können sie in der globalen Konkurrenz mit den anderen Weltteilen mithalten. Europa hat seinen Glanz dem Wettbewerb der Nationen zu verdanken – die nun beschlossene Transfergemeinschaft wird dagegen für schnelle Abstumpfung sorgen: Man strebt nicht nach oben, sondern orientiert sich nach unten.

Die Gemeinschaftswährung hat unbemerkt diesen Verfall noch beschleunigt. Denn das Privileg, an der Währungsstabilität der Starken teilhaben und diese als geldwerten Vorteil einstreichen zu dürfen, ist vielen schwachen Ländern nicht bekommen. Und weil die EU der Erhaltung des Gemeinschaftsgefühls mehr Gewicht beimaß als der Erhaltung ihrer Geldwertstabilität, ist der Euro auch den starken Ländern nicht bekommen.

Weil ich keine Chance mehr für den Einheitseuro sehe, es sei denn zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit des gesamten Kontinents,

habe ich mir die Devise „Abkehr vom Schuldenstaat! Abschied vom Einheitseuro!“ zu eigen gemacht. Will Europa von einem zentral geregelten Transferverbund zu einer kreativen Wettbewerbsgemeinschaft zurückkehren, weil es seine Stabilität und zugleich seine globale Konkurrenzfähigkeit behalten will, so braucht es ein Währungssystem, welches den in Europa vorherrschenden kulturellen und wirtschaftlichen Unterschieden Rechnung trägt.

Als Alternative zur „alternativlosen“ Umwandlung von einer Währungs- und Wirtschafts- zu einer Transfergemeinschaft schlage ich deshalb den gemeinsamen Ausstieg solcher Länder aus dem Einheitseuro vor, die auf eine lange Stabilitätskultur zurückblicken können. Neben den Ausstiegsländern Deutschland, Österreich, Finnland und anderen könnten auch Länder, die heute noch nicht in der Eurozone sind und auf eine ähnliche Tradition ihrer Währungs- und Haushaltsdisziplin zurückblicken können, wie zum Beispiel Schweden, einen „Nordeuro“ mitbegründen.

Für die Mehrheit der heutigen Euroländer bliebe der jetzige Euro erhalten. Unter der Führung Frankreichs würde die Mehrheit der heutigen Länder der Eurozone den jetzigen Euro weiter als Zahlungsmittel benutzen und könnte sich ebenfalls um weitere Mitglieder aus der Reihe der derzeitigen 10 EU-Länder erweitern, die heute noch nicht in der Eurozone sind, aber eine ähnliche Kultur in der Währungs- und Budgetpolitik verfolgen. Da sich die Vertreter ihrer Zentralbanken für den Eurobond aussprechen, der deren Schulden vergemeinschaftet, spricht auch nichts dagegen, diesen für sie einzuführen.

Der Weg dorthin ist nicht einfach und bedarf gründlicher politischer und technischer Vorbereitung. Vor allem müssen Risiken, wie eine Verunsicherung der internationalen Finanzmärkte, der Sparer im Süden und der Exportwirtschaft im Norden erkannt und eingegrenzt werden. Parallel muss der teilweise immer noch marode Bankensektor saniert werden, denn heute schon stellt sich so manche Initiative zur Rettung des Einheitseuros in Wirklichkeit als Bankenrettung dar. (Hat sich die britische Regierung wegen des Euros, dem das Pfund nicht angehört, oder wegen ihrer eigenen Banken am Rettungspaket für Irland beteiligt?) Es muss eine Lösung für die Altschulden gefunden und verhindert werden, dass plötzlich ein Land allein dasteht, was zum Beispiel im Fall Griechenlands der Fall wäre, wenn die Drachme wieder eingeführt würde. Vor allem, wenn man die bereits beschriebenen Folgen der derzeitigen Politik der Beibehaltung des Einheitseuros „at all cost“ bedenkt, hätte eine solche Differenzierung für die Länder in beiden Eurozonen große Vorteile:

Die im Einheitseuro verbleibenden Länder könnten durch eine höhere Toleranz gegenüber Inflation und entsprechende regelmäßige Abwertungen ihre eigene Wettbewerbsfähigkeit erhalten. Sie brauchen sich nicht weiter von der EU und der EZB in die „Zwangsjacke germanischer Stabilitätsphobie“ zwingen zu lassen, genau so empfinden es die aufgebrauchten Studenten in Athen und die wütenden Arbeitslosen in Madrid. Anstatt sich von außen eine Schrumpfung ihrer Wirtschaftsleistung und die Erhöhung der Arbeitslosigkeit aufzwingen zu lassen, können sie wieder das tun, was sie vor der Einführung des Euro auch konnten: auf ihre Art wettbewerbsfähig bleiben. Kann jemand ernsthaft glauben, dass Griechenland oder Portugal ihren Schuldenberg abbauen können, indem sie ihr eigenes Wachstum abwürgen,

Insolvenzrekorde ihrer Unternehmen verzeichnen, Arbeitslosigkeit induzieren und somit die Steuerbasis austrocknen? Diese Länder haben seit der Einführung des Euro mehr als ein Drittel ihrer Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Deutschland eingebüßt; weil sie weder durch Reformen reagieren wollten, noch durch Abwertungen reagieren konnten. Der derzeitige Kurs der Europapolitiker nimmt ihnen jede Perspektive! Als ich mich damals mit großem Engagement für die Einführung des Euro und die Aufnahme Italiens und Spaniens einsetzte, habe ich nicht nur nicht geglaubt, dass auch die deutsche Politik die von ihr selbst gesetzten Stabilitätshürden ignorieren könnte, ich habe auch übersehen, dass der Euro ursächlich mit den jetzt zu Tage getretenen Problemen in den Südländern zusammenhängen könnte. Sozusagen über Nacht bekamen griechische Politiker Zugriff zu Niedrigzinskrediten. Anstatt die Gelegenheit zu nutzen, um mit den neuen Spielräumen den bisher aufgebauten Schuldenberg abzubauen, ließen sie sich dazu verführen, neue Kredite aufzunehmen. Ohne den Euro wäre das nicht möglich gewesen. Auch die Immobilienblase in Spanien hätte nie das heutige Ausmaß erreicht, wenn eine eigene spanische Nationalbank die Kreditzinsen hätte erhöhen können. Vor allem: die „Südländer“ konnten ihre eigene Wettbewerbsfähigkeit nicht mehr durch „competitive devaluations“ sichern. Italien ist seit Einführung des Euro in seiner Wettbewerbsfähigkeit arg abgerutscht. Stand es im Jahr 2000 noch auf Platz drei der Zulieferer nach Deutschland, so ist es heute auf Platz fünf. Alles das war eine direkte Folge der Einführung des Euro, wenngleich sich dies aus Sicht der deutschen Exportindustrie natürlich zunächst als ein Vorteil herausstellen sollte.

In einem ihrer eigenen Kultur entsprechenden Währungsverbund würden auch die zusammen mit Deutschland eine neue Währung

begründenden Länder so wirtschaften, wie sie es am besten können: fokussiert auf Begrenzung der Inflation und, als Reaktion auf ständigen Aufwertungsdruck, auf Kostendämpfung und Innovation. Vor allem: sie würden für mangelnde fiskalische Disziplin anderer nicht mithaften müssen.

Eine Spaltung Europas ist mit diesem Vorschlag nicht verbunden, eher im Gegenteil. Schon heute stehen den 17 Ländern der Einheitseurozone 10 EU-Länder mit eigenen Währungen gegenüber, einige davon ohne Neigung dem Einheitseuro beizutreten (z.B. Großbritannien, Dänemark, Tschechien) andere zwar mit großer Neigung aber ohne eine echte Perspektive, die heute geltenden Aufnahmekriterien zu erreichen (z.B. Rumänien, Bulgarien). Wenn, wie vorgeschlagen, zugleich die Möglichkeit eines Übertritts von einer zur anderen Eurozone geschaffen wird („flexible membership“), wird man bei der Beurteilung dieses Vorschlags schnell erkennen, dass er nicht nur den beiden bestehenden Wirtschafts- und Währungskulturen Rechnung trägt, er berücksichtigt auch zukünftige Veränderungen in den einzelnen Mitgliedsländern.

Wenn in der EU alle Länder solidarisch für alle anderen einstehen, dann hört sich das sehr schön an, kaschiert aber, dass am Schluss niemand mehr verantwortlich ist. Das bundesdeutsche „System organisierter Verantwortungslosigkeit“ des Länderfinanzausgleichs lässt grüßen. Vor allem, wenn das Ruder nicht herumgerissen wird, rauschen wir sehenden Auges in einen europäischen Zentralstaat – ohne dass der Wähler ein Wörtchen mitreden durfte. Hat der Deutsche Bundestag damals eine Währungs- oder hat er eine Transferunion beschlossen? Was ist eigentlich aus der „Subsidiarität“ als Leitlinie



europäischer Willensbildung geworden? Genauso wenig wie die Bundeskanzlerin noch das Wort „Freiheit“ im Munde führt, genau so selten benutzen die Europapolitiker inzwischen den Begriff „Subsidiarität“. Natürlich kann man anstelle des „Europas der Vaterländer“ für ein „Vaterland Europa“ eintreten, aber doch nicht als Nebenprodukt von jeweils „alternativlosen“ Entscheidungen über eine Währung! Wo bleibt die strategische Diskussion darüber, welche Art von Europa wir eigentlich wollen?

Um diese Diskussion in Gang zu setzen, müssen wir als ersten Schritt die Entscheidungsfreiheit wieder zurückgewinnen, das heißt mit dem Diktum der „Alternativlosigkeit“ aufhören. Um es noch einmal klar zu sagen: zu behaupten, dass es einen einfachen und eleganten Ausweg aus der derzeitigen Situation gäbe, wäre genau so verantwortungslos, wie es verantwortungslos ist, die derzeitige Richtung weiterhin als „alternativlos“ zu bezeichnen. Natürlich wird es nicht einfach, aus einer Währung zwei zu machen, aber es wird sicher nicht schwerer werden, als es damals war, aus siebzehn Währungen eine zu machen. In der Geschichte gibt es zahllose Beispiele für Rückabwicklungen von Währungsverbänden oder Teilungen von Währungsräumen, die letzten fanden zwischen Tschechien und der Slowakei und bei der Auflösung der UdSSR und Jugoslawiens statt. Das war nicht einfach, aber der Begriff „Alternativlosigkeit“ wäre dort wohl eher angebracht gewesen als in der heutigen Situation des Einheitseuros. Zur Zeit wird unter anderem auch unter Hinweis auf solche Schwierigkeiten die Alternativlosigkeit eines „weiter so“ begründet.

Da wird ernsthaft vor einem Sturm der Griechen, Portugiesen und Iren auf die Banken in Athen, Lissabon und Dublin gewarnt. Die-

ses Szenario entpuppt sich schnell als Panikmache, wenn einige „Nordländer“ koordiniert aussteigen, eine eigene neue Währung begründen, die EZB einen Umtauschkurs festlegt und die entsprechenden Eurovolumen reduziert und den verbleibenden ca. 12 Ländern den „alten“ Euro lässt. Warum sollten die Banken dann noch erstürmt werden? Sofort würden die Zinsen auf den Konten der südeuropäischen Sparer steigen, die der nordeuropäischen sinken. Mit dieser Logik hätten alle Sparer mit Euro-Guthaben ihr Geld in der Schweiz anlegen müssen.

Es wird immer wieder behauptet, die deutsche Industrie würde bisher besonders vom Euro profitiert haben und unter dem zu erwartenden Aufwertungseffekt des „Nordeuro“ leiden. Zunächst einmal muss man rückblickend festhalten, dass gerade Deutschland seit Einführung des Euro massiv Kapital exportiert und für Wachstum anderswo gesorgt hat. Auch was den Exportüberschuss betrifft, wurde ein Mythos geschaffen, der sich nicht nur in den Wirtschaftsmedien hält und von der Politik verbreitet wird, auch viele meiner Kollegen wiederholen ihn unentwegt. Dabei ist die Abhängigkeit deutscher Exporte von Euroländern seit Einführung der Gemeinschaftswährung sogar Schritt für Schritt gesunken (2000: 44%, 2009: 41%). Fehlen die Argumente, wird es mit Demagogie versucht und so getan, als wäre der europäische Binnenmarkt oder gar die EU mit dem Euro identisch. Ja, es stimmt, die Deutschen exportieren immer noch die meisten ihrer Güter in andere europäische Länder, aber was hat das mit dem Euro zu tun? Wieso soll der europäische Binnenmarkt, der seit 1992 – lange vor dem Euro – in Kraft getreten ist, nicht mehr funktionieren, wenn wir statt zehn wieder elf Währungen haben? Richtig ist, dass den deutschen Exporteuren der schleichende Abwertungseffekt des heutigen

Euro gerade recht ist. Aber man muss entgegenrechnen, dass seit seiner Einführung auch die deutschen Importe stark gestiegen sind. Wir sind inzwischen nicht mehr nur Export- sondern auch Importvize-weltmeister. Importe nach Deutschland sind auch in den letzten Monaten wesentlich schneller gewachsen als Exporte aus Deutschland und erreichen heute ein absolutes Rekordniveau. Jedem negativen Effekt durch eine Aufwertung muss deshalb auch der positive Effekt durch die Senkung der Importkosten entgegen gerechnet werden. Das wirkt sich positiv für die Kaufkraft der Arbeitnehmer, Rentner, ja, aller Konsumenten aus und stabilisiert die Inflationsrate. Inzwischen importieren wir über den Euro die Inflation. Schließlich: auch für die Exporteure ist eine Aufwertung nicht nur ein Nachteil: heute werden 44% der Exporte als Vorleistungen vorher importiert. Schließlich wird die Größenordnung des zu erwartenden Aufwertungseffekts über die Ma-ßen dramatisiert, um an dem Tabu des Einheitseuros und der Alternativlosigkeit nicht rütteln zu müssen, leider auch von solchen Kollegen aus der Wirtschaft, die es eigentlich besser wissen müssten. Als „worst-case“-Szenario kann man hier durchaus das Beispiel des Schweizer Franken verwenden. Obwohl die Schweiz zusätzlich noch den Aufwertungseffekt einer „Fluchtwährung“ ertragen muss – wer bunkert schon sein Geld in Deutschland? - hat die Aufwertung des Schweizer Franken die Schweizer Exportindustrie zwar getroffen, aber sie wird damit fertig. Für dieses Jahr werden stattliche 2,4 % Wachstum für das BIP vorhergesagt, die Arbeitslosenrate ist weiterhin halb so hoch wie die in Deutschland. Der Schweizer Chef der „Economiesuisse“, dem Äquivalent des deutschen BDI, spricht genau die Sprache, die meine Vorgänger und ich selbst immer zu D-Markzeiten auch benutzt haben: „Wir wollen einen starken Schweizer Franken“.

Das Erfolgsmodell der deutschen Industrie war über Jahrzehnte verbunden mit einer stabilen, starken und inflationsarmen Währung. Sie war dauernder Antrieb zu Kostendisziplin, Innovation und Kreativität. 17 Aufwertungen haben damals nicht nur die D-Mark gestärkt – auch die exportierende Industrie wurde dauernd „auf Trab“ gehalten. Wie lange noch lässt sich die deutsche Industrie vom süßen Gift eines abgewerteten Euros verführen? Spätestens seit der Übernahme von Hochtief durch einen wirtschaftlich viel schwächeren spanischen Baukonzern hätten auch Vertreter der Wirtschaft aufwachen müssen, oder glaubt man ernsthaft, dass dieser Angriff ohne den aus deutscher Sicht abgewerteten und den aus spanischer Sicht aufgewerteten Euro möglich gewesen wäre? Nicht nur wurden deutsche Exporte billiger, deutsche Firmen auch!

Bleibt noch das Argument der durch den Euro unterbundenen „competitive devaluations“ unserer südlichen Wettbewerber. Sicher hat das Ausbleiben von Abwertungen der Lira das Leben deutscher Exporteure erleichtert. Genau dieser Effekt war auch eine der Begründungen, die ich für die Einführung des Euro bei meinen damals skeptischen Kollegen immer wieder ins Feld geführt habe. Aber wenn dieser Effekt bedeutet, dass diese Länder gerade dadurch in essentielle Schwierigkeiten gestürzt werden und der deutsche Steuerzahler oder seine Kinder sie dann wieder daraus befreien müssen, relativiert sich auch dieser Vorteil sehr schnell. Der Zufall wollte es, dass zur gleichen Zeit, als im Deutschen Bundestag über die Aufstockung und Erüchtigung (sic) eines ursprünglich bis 2013 geplanten Rettungsschirms diskutiert wurde, das portugiesische Parlament über das Sparpaket abstimmte. Es lehnte dieses ab. Mit dem Wissen einer nun be-

schlossenen Transfergemeinschaft haben sich die portugiesischen Abgeordneten absolut rational verhalten.

Es wäre schon viel gewonnen, wenn man die Schutzschirme, Garantien und Aufkäufe zweifelhafter Staatsanleihen durch die EZB als das erkennt, was sie wirklich sind: zum einen, eine aufwändige Klammer, um die beiden in Europa real existierenden unterschiedlichen Wirtschaftssysteme in einer gemeinsamen Währung künstlich zusammenzuhalten; zum anderen, eine hasenfüßige Methode, die zugegebenermaßen schwierigen Entscheidungen zur Refinanzierung von Staaten und Banken auf die lange Bank zu schieben.

„Scheitert der Euro, scheitert Europa“, proklamiert die Kanzlerin. Das ist nicht nur falsch, es ist leichtsinnig und verantwortungslos. Es ist falsch, weil es Europa auch schon vor der Einführung des Euro gab und auch nach einem Einheitseuro geben wird, nebenbei ist auch heute der Euroraum noch lange nicht identisch mit dem viel größeren Europa. Es ist leichtsinnig, weil Alternativen zum Tabu erklärt und damit jede Verhandlungsposition der Deutschen im europäischen Poker um glaubwürdigere Stabilitätsmechanismen untergraben werden. Es ist verantwortungslos, denn ein Scheitern des Einheitseuro kann man nicht mehr ausschließen und gerade für diesen Fall muss doch möglicher Panik vorgebeugt werden anstatt sie von oben zu züchten. Besonders kritikwürdig sind Voraussagen, dass das gedeihliche Zusammenleben in Europa, ja sogar der Friede, gefährdet würde. Eher ist die Geschichte Zeuge zahlreicher Beispiele für das Gegenteil. Wo immer künstlich Vielvölkerstaaten zusammen gepresst wurden, entwickelten sich Fliehkräfte, die dann oft nicht mehr zu kontrollieren waren. Auch hier lassen die jüngsten Beispiele Tschechoslowakei, Jugo-

slawien und die UDSSR grüßen. Sie sind nicht wegen des Scheiterns des Kommunismus, sie sind durch seine Überwindung auseinandergefallen. Es hat noch nie funktioniert, Ängste vor etwas mit dem Schüren von noch größeren Ängsten vor etwas anderem zu bekämpfen. Es war immer schon besser, ein Ende mit Schrecken zu provozieren, als ein Schrecken ohne Ende zu tolerieren.